

Unselbständiger Entschließungsantrag

der Abgeordneten Eva Maria Holzleitner, Alois Schroll,
Genossinnen und Genossen

betreffend Sicherstellung der Erdgasversorgung

eingebraucht im Rahmen der Debatte über die Erklärungen des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers gemäß § 19 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Nationalrates anlässlich der Umbildung der Bundesregierung sowie zur aktuellen Lage in der Krise zwischen Russland und der Ukraine (TOP 1)

Neben allen menschlichen Verheerungen die der Krieg in der Ukraine offenbart, zeigt sich auch welche weitreichende Folgen er in der engmaschig vernetzten Weltwirtschaft mit sich bringen kann. Der Krieg im Gastransit-Land Ukraine durch das Gas, Öl und Kohle exportierende Russland hat weltweit die ohnehin schon volatilen Energiepreise endgültig in ungeahnte Höhen geführt.

Während in den USA vor allem die Folgen eines langjährigen Ölpreishochs sichtbar werden, sind es in Europa extreme Gaspreise, die durch die Unsicherheit in Bezug auf die Gasversorgung entstehen. Wechselseitige Ankündigungen eines Importstopps bzw. Exportstopps heizen die Preisspekulation zusätzlich an. EU-weit kommen 40% der Erdgasimporte aus Russland (überwiegen über Erdgaspipelines). In Österreich, das vor über 60 Jahre als erstes westeuropäisches Land langfristige Gaslieferverträge mit Russland abgeschlossen hat, die über alle politischen Krisen hinweg eingehalten wurden und im Jahr 2018 zuletzt erneuert wurden, sind es rund 80 bis 85 Prozent.

Zwar fließen nach wie vor die vertraglich vereinbarten Mengen an Erdgas aus Russland auch nach Österreich aber aktuell sind die österreichischen Gasspeicher nur zu 15 Prozent gefüllt - ein Wert der sonst nur nach einem langen kalten Winter erreicht wird.

Seitens der Bundesregierung wurde zwar wiederholt betont, dass unter normalen Bedingungen mit den derzeitigen Erdgasreserven auch bei einem völligen Lieferstopp bis zum Ende der Heizsaison das Auslangen zu finden sein sollte. So richtig glaubhaft waren diese Beteuerungen aber nicht. Konkrete Maßnahmen oder Pläne, wie eine solche Situation im nächsten Winter vermieden werden kann, sind bislang überschaubar geblieben. Europäische Initiativen für eine gemeinsame Erdgasbeschaffung hat die Bundesregierung bis zum Kriegsausbruch nicht unterstützt, sondern darauf vertraut, dass das der Markt schon irgendwie regeln wird. Die auf Grund der Klimakrise notwendige Ausrichtung hin zu einer dekarbonisierten Energieversorgung ohne fossile Energieträger ist unbestritten, dennoch sind gegenwärtig und mittelfristig Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Versorgung

notwendig, um u.a. industrielle Prozesse am Laufen zu halten und Wohnungen bis zum Umstieg auf erneuerbare Energie warm zu halten.

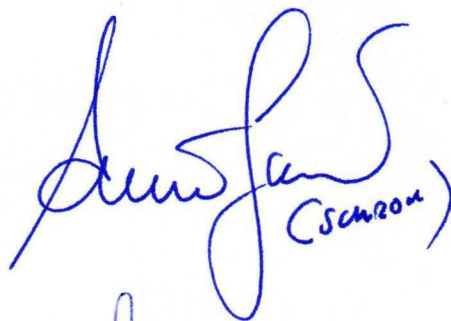
Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

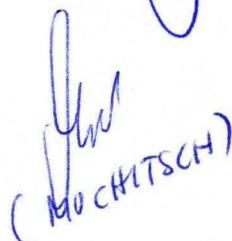
Entschließungsantrag

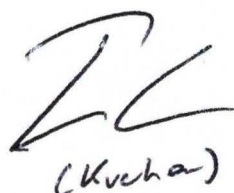
Der Nationalrat wolle beschließen:

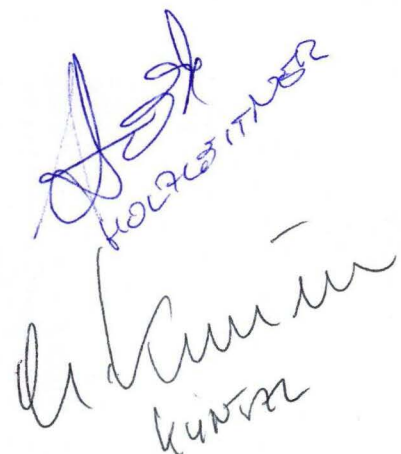
„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie wird aufgefordert,

- **für ein rechtzeitiges Auffüllen der Erdgasspeicher bis zum kommenden Winter zu sorgen** – durch ein kurzfristiges staatliches Ankaufsprogramm für zusätzliches Gas und klare Regeln für eine strategische Gasreserve, die die Versorgung sichert,
- **die Abhängigkeit von Erdgas aus Russland drastisch zu reduzieren**
 - durch Vorlage eines Pfads für alternative Gas-Quellen, der konkrete Mengen und Zeitpunkten enthält,
 - indem die Verbrauchsreduktion, die aus Klimaschutzgründen ohnehin nötig ist, beschleunigt wird,
- **BürgerInnen nicht doppelt die Rechnung zahlen zu lassen** – indem ohne Tabus konkrete Entlastungen für die breite Masse erfolgen, z.B. in Form einer Mehrwertsteuersenkung auf Energie und durch direkte Unterstützung für Haushalte mit geringem Einkommen.“


(Schron)


(HOCHITSCH)


(Kucha)


KITZLER

